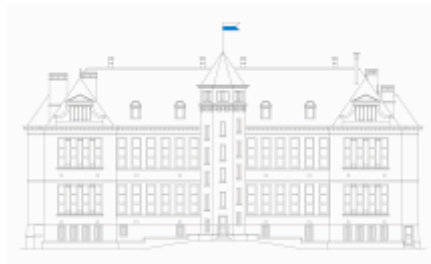


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EP-PLENUM VOM 13. - 16.02.2012 IN STRASSBURG

Im Mittelpunkt der Debatten standen die Themen Wirtschaftskrise, Wachstum und Beschäftigung. Sie beherrschten auch die Aussprache über den nächsten Europäischen Rat (ER) am 01./02.03.2012. Dabei kam es erneut zu einer Kontroverse über die Situation Griechenlands. Der italienische Ministerpräsident *Mario Monti* fand viel Zustimmung mit einem Plädoyer für Haushaltsdisziplin, Wachstum und Stärkung des Binnenmarkts und gegen nationale Stereotypen oder eine Einteilungen in Kernstaaten und Peripherieländer. Daneben bekundete das EP in einer Resolution Sorge über die Lage in Ungarn und fordert die ungarische Regierung zu Gesetzesänderungen auf. Diese sollen von der Kommission sorgfältig geprüft werden, damit das EP über mögliche Maßnahmen (u. a. gem. Art. 7 Absatz 1 EUV) entscheiden könne. Die EVP-Fraktion kritisierte die Entschließung. Inzwischen hat die Kommission bestätigt, dass Ungarn zu den Verfahren fristgerecht geantwortet hat. Zahlreiche Abgeordnete äußerten sich empört über eine von der Partei des niederländischen Politikers *Wilders* eingerichtete Webseite, die Bürger aufruft, Probleme mit osteuropäischen Zuwanderern zu melden. Am 13.03.2012 ist dazu eine Plenardebatte geplant.

Alle Beschlüsse der Plenarwoche finden sich unter:

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

ZWÖLF EU-REGIERUNGSCHEFS PLÄDIEREN FÜR WACHSTUMSPOLITIK

Zwölf Ministerpräsidenten von EU-Staaten, darunter *David Cameron* (GBR), *Mario Monti* (ITA), *Mariano Rajoy* (ESP) und *Donald Tusk* (POL), sowie ihre Kollegen aus Estland, Finnland, Irland, Lettland, den Niederlanden, der Slowakei, Schweden und Tschechien haben in einem gemeinsamen Brief an ER-Präsident *Van Rompuy* und Kommissionspräsident *Barroso* einen Plan für Wachstum in Europa gefordert. Bundeskanzlerin *Angela Merkel* und Staatspräsident *Nicolas Sarkozy* gehören nicht zu den Unterzeichnern

<http://www.number10.gov.uk/news/joint-letter-to-president-van-rompuy-and-president-barroso/>



STOIBER-GRUPPE: MITGLIEDSTAATEN KÖNNEN VERWALTUNGS- LASTEN AUFGRUND EU-RECHT REDUZIEREN – MANDAT BIS 2014 VERLÄNGERT

Der Vorsitzende der „Hochrangigen Gruppe unabhängiger Interessenträger im Bereich Verwaltungslasten“, Ministerpräsident a. D. *Dr. Edmund Stoiber*, hat am 21.02.2012 einen „Bericht über bewährte Praktiken in den Mitgliedstaaten für eine möglichst unbürokratische Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften“ vorgestellt. Unter dem Titel „Was Europa besser machen kann“ stellt der Bericht fest, dass fast ein Drittel der Verwaltungslasten für Unternehmen, die auf EU-Rechtsakte zurückgehen, nicht durch EU-Recht, sondern durch „ineffiziente nationale Umsetzung“ verursacht werden. Kommissionspräsident *Barroso* gab bekannt, dass die „*Stoiber-Gruppe*“ ihre Arbeit bis Mitte 2014 verlängern wird.

Zusammenfassende Pressemitteilung mit Link zum vollständigen Bericht und zur Broschüre:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/146&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Vorstellung des Berichts durch Präsident *Barroso* und MP a.D. *Stoiber*

<http://ec.europa.eu/avservices/video/player.cfm?ref=83349>

Schlussfolgerungen des Rats „Wettbewerbsfähigkeit“:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st06/st06341.de12.pdf>

EU-CHINA-GIPFEL: SCHULDENKRISE, GEGENSEITIGER MARKT- ZUGANG UND HANDELSBEZIEHUNGEN IM MITTELPUNKT

Am 14.02.2012 trafen der ER-Präsident *Van Rompuy*, und Kommissionspräsident *Barroso* in Beijing mit dem chinesischen Ministerpräsidenten *Wen Jiabao* zum 14. EU-China-Gipfel zusammen. Im gemeinsamen Schlusskommuniqué bekennen sich beide Seiten zur weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit. Konkrete Ergebnisse sind die Vereinbarung, möglichst rasch Verhandlungen über ein EU-China-Investitionsabkommen zu beginnen, sowie eine neue Partnerschaft zur nachhaltigen Stadtentwicklung und eine Vertiefung der Kooperation im Energiebereich und beim Klimaschutz.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/125&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Gemeinsames Kommuniqué:



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/103&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Joint Press Communiqué)

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

EGMR: EUROPÄISCHE MENSCHENRECHTSKONVENTION GILT AUCH AUF HOHER SEE

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat sich in einem Grundsatzurteil vom 23.02.2012 mit der Frage der Zulässigkeit der sofortigen Rücküberstellung von im Mittelmeer aufgegriffenen Bootsflüchtlingen aus Nordafrika befasst. Im konkreten Fall wurde Italien nach der sofortigen Rücküberstellung von Bootsflüchtlingen nach Libyen wegen mehrerer Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention zu Entschädigungszahlungen verurteilt. Das Urteil dürfte weit über den Einzelfall Bedeutung haben und die aktuelle Praxis der Überwachung der EU-Außengrenzen durch EU-Organe (Frontex) und die Mitgliedstaaten verändern.

Urteilstext (Englisch):

<http://cmiskp.echr.coe.int/tkp197/view.asp?action=html&documentId=901565&portal=hbkm&source=externalbydocnumber&table=F69A27FD8FB86142BF01C1166DEA398649>

EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER KRITISIERT VORGESCHLAGENE ÄNDERUNG DER FÜHRERSCHEINRICHTLINIE

Der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) hat in einer Stellungnahme vom 17.02.2012 einen Vorschlag der Kommission zur Änderung der Führerscheinrichtlinie (2006/126/EG) mit dem Ziel der Zusammenlegung von Führerschein und Fahrerkarte für Berufskraftfahrer in einer Karte wegen Verstößen gegen das Grundrecht auf Datenschutz kritisiert.

Stellungnahme des EDSB (Englisch):

http://www.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/Consultation/Opinions/2012/12-02-17_Driving_license_EN.pdf

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR GEBÄUDESANIERUNG

Die Kommission hat am 15.02.2012 eine Konsultation zur Finanzierung ener-



gieffizienter Gebäudesanierung gestartet. Es soll erörtert werden, welche Probleme bei Regulierung und Förderung gesehen werden und welche Maßnahmen dagegen ergriffen werden und wie mehr private Mittel in die energetische Gebäudesanierung gelenkt werden können.

Link zum Konsultationspapier und zum Online-Formular:

http://ec.europa.eu/energy/efficiency/consultations/20120518_eeb_financial_support_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

ACTA-STREIT: KOMMISSION RUFT EUGH AN

Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ist auch auf europäischer Ebene weiter sehr umstritten. Um die Diskussion zu versachlichen und wohl auch um Zeit zu gewinnen, hat die Kommission am 22.02.2012 beschlossen, ein Gutachten des EuGH zur Vereinbarkeit von ACTA mit dem EU-Recht einzuholen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/128&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/de_factsheet_what_acta_is_about.pdf

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/january/tradoc_148964.pdf

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=119512&pageIndex=0&doclang=EN&mode=doc&dir=&occ=first&part=1&cid=252651>

EP VERABSCHIEDET SEPA-ZAHLUNGEN

Das EP hat am 14.02.2012 die Verordnung zum Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA: Single Euro Payments Area) verabschiedet. Diese wurde in erster Lesung mit 635 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und 31 Enthaltungen angenommen. Vorangegangen war eine Einigung in Trilog-Gesprächen mit Rat und Kommission, so dass die jetzt nur noch ausstehende förmliche Zustimmung des Rates als reine Formsache gilt.

<http://www.europaeische-bewegung.de/news/dsgv-sepa-umstellung-sparkassenkunden-koennen-bis-2016-kontonummer-und-bankleitzahl-weiter-verwen/>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120214IPR37986/html/Grenz%C3%BCberschreitende-Zahlungen-sollen-einfacher-und-schneller-werden>



PLENUM EP BESCHLIESST VERKNÜPFUNG VON HANDELSREGISTERN

Das EP verabschiedete am 14.02.2012 mit großer Mehrheit (654/14/3) die Richtlinie zur Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern. Der Rat hatte dazu schon am 06.12.2011 eine allgemeine Ausrichtung erzielt. Die Annahme des Rechtsakts durch den Rat gilt daher als reine Formsache.

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT: EUROPÄISCHE PATENTGERICHTSBARKEIT IN DER WARTESCHLEIFE

Auf dem WBF-Rat am 20.02.2012 erläuterte die dänische Präsidentschaft das weitere Vorgehen bei der Schaffung eines Europäischen Patents mit einheitlicher Wirkung und der Errichtung der europäischen Patentgerichtsbarkeit. Ergebnisse werden erst für Juni 2012 erwartet.

RICHTLINIE ZUR BÜROKRATIEENTLASTUNG FÜR KLEINSTUNTERNEHMEN FÖRMLICH ANGENOMMEN

Der Rat der Finanzminister nahm am 22.02.2012 die Richtlinie zur Neuregelung der Entlastung für Kleinunternehmen bei der Rechnungslegung förmlich an. Das EP hatte bereits im Dezember zugestimmt (EB 22/12); damit ist das Gesetzgebungsverfahren förmlich abgeschlossen.

KONSULTATION ZUR ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN GESELLSCHAFTSRECHTS

Die Kommission hat am 20.02.2012 eine Konsultation zur Zukunft des europäischen Gesellschaftsrechts eingeleitet. Das Gesellschaftsrecht der EU war für die Schaffung des Binnenmarkts von zentraler Bedeutung. Jetzt sollte jedoch überprüft werden, ob der bestehende Rechtsrahmen noch den aktuellen Erfordernissen entspricht. Die Kommission hat daher im Internet ein Konsultationspapier veröffentlicht, um Stellungnahmen aller beteiligten Akteure einzuholen. Die Frist für die Einreichung von Beiträgen endet am 14.05.2012.

Das Konsultationspapier ist unter folgender Internet-Adresse abrufbar:

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=companylaw2012>



Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

EUROGRUPPE VERSTÄNDIGT SICH AUF EIN ZWEITES RETTUNGSPAKET FÜR GRIECHENLAND

Die Finanzminister der Eurogruppe haben sich am 20./21.02.2012 auf die wesentlichen Eckwerte des zweiten Rettungspaketes für Griechenland verständigt. Mit dem zweiten Rettungspaket soll der Schuldenstand Griechenlands bis 2020 auf 120,5 % des BIP reduziert werden. Der öffentliche Finanzierungsanteil beträgt 130 Mrd. € bis 2014. Darin enthalten sind rund 30 Mrd. € zur Absicherung der Privatgläubiger. Der Beitrag des IWF ist noch offen. Die Privatgläubiger sollen auf 53,5 % des Nennwerts der von ihnen gehaltenen griechischen Anleihen verzichten. Die Privatgläubiger haben bis 08.03.2012 Zeit, sich zu äußern, ob sie sich an dem freiwilligen Schuldenschnitt beteiligen wollen. Wenn sich an dem freiwilligen Schuldenschnitt ausreichend Gläubiger beteiligen und Griechenland die vorab geforderten Reformmaßnahmen (prior actions) bis Ende Februar realisiert, könnte die Eurogruppe am 09.03.2012 die für die Durchführung des Anleihtausches notwendigen Mittel aktivieren, insbesondere die 30 Mrd. € zur Absicherung der Privatgläubiger. Nach tatsächlichem Vollzug des Anleihtausches könnte die Eurogruppe voraussichtlich am 14.03.2012 das zweite Rettungspaket für Griechenland endgültig verabschieden. Bis zum 20.03.2012 muss das zweite Rettungspaket verabschiedet sein, da an diesem Tag griechische Anleihen in Höhe von über 14 Mrd. € fällig werden.

http://www.consilium.europa.eu/media/1440478/statement_on_greece_21_february_2012.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES ECOFIN-RATES VOM 21.02.2012

Der ECOFIN-Rat hat einstimmig eine allgemeine Ausrichtung zu den beiden Verordnungsvorschlägen zur verstärkten wirtschaftspolitischen Steuerung (sog. „Twin Pack“) beschlossen. Die beiden von der Kommission am 23.11.2011 vorgelegten Verordnungsvorschläge knüpfen an das Mitte Dezember 2011 in Kraft getretene Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung (sog. „Six Pack“) an und sollen die Koordinierung und Überwachung der Haushaltsverfahren im Euroraum weiter verbessern. Der Rat hat zudem die Verordnung zur Regulierung von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen verabschiedet. Das EP hatte die Verordnung bereits am



15.11.2011 in der Plenarsitzung in Straßburg angenommen. Damit wird erstmals ein einheitliches EU-Regelwerk für Leerverkäufe und den Handel mit Kreditausfallversicherungen geschaffen, um Spekulationen einzudämmen. Weitere Themen waren u. a. die Umsetzung des Europäischen Semesters und des Euro-Plus-Paktes sowie das deutsch-französische Grünbuch zur Unternehmensbesteuerung, das Bundesfinanzminister *Dr. Schäuble* und der französische Finanzminister *Baroin* im Rat vorgestellt haben.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/128102.pdf

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZU EUROBONDS

Das EP hat am 15.02.2012 in einer Entschließung das von der Kommission vorgelegte Grünbuch zu Eurobonds begrüßt und sich damit erneut für die Einführung von Eurobonds ausgesprochen. Das EP hat angekündigt, sich mit dem Thema Eurobonds noch eingehender zu befassen und einen Initiativbericht vorzulegen. Die Kommission wurde aufgefordert, weitere Vorschläge zur entschiedenen Bekämpfung der derzeitigen Staatsschuldenkrise vorzulegen, z. B. in Gestalt des durch den deutschen Sachverständigenrat für Wirtschaft vorgeschlagenen europäischen Schuldentilgungsfonds.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20120215%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE>

ERSTER FRÜHWARNBERICHT DER KOMMISSION ZUR BEKÄMPFUNG MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE IN DER EU

Die Kommission hat am 14.02.2012 ihren ersten Frühwarnbericht zur Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU veröffentlicht (sog. „Warnmechanismus-Bericht“). Mit diesem Bericht wird die im Rahmen des Legislativpakets zur wirtschaftspolitischen Steuerung (sog. „Six Pack“) Ende letzten Jahres eingeführte makroökonomische Überwachung eingeleitet. Aus Sicht der Kommission muss die makroökonomische Lage der folgenden zwölf Mitgliedstaaten eingehender analysiert werden: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Schweden, Slowenien, Spanien, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Zypern. Die Mitgliedstaaten, die Finanzhilfen erhalten (Griechenland, Irland, Portugal und Rumänien), werden in diesem Kontext nicht genannt, da sie im Rahmen der laufenden Hilfsprogramme be-



reits einer verstärkten wirtschaftspolitischen Überwachung unterliegen. Deutschland muss aus Sicht der Kommission derzeit keiner eingehenderen Überprüfung unterzogen werden.

http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/documents/alert_mechanism_report_2012_en.pdf

SUSPENDIERUNG VON KOHÄSIONSFONDSMITTELN AN UNGARN

Der Rat hat am 24.01.2012 entsprechend dem Vorschlag der Kommission gemäß Art. 126 Abs. 8 AEUV festgestellt, dass Ungarn keine ausreichenden Maßnahmen zur Korrektur seines übermäßigen Defizits getroffen hat (EB 02/12). Am 22.02.2012 hat die Kommission gemäß der Kohäsionsverordnung vorgeschlagen, Mittelbindungen aus dem Kohäsionsfonds in Höhe von rund 495 Mio. € für Ungarn zu suspendieren. Von dieser Möglichkeit wird zum ersten Mal Gebrauch gemacht. Die Entscheidung über den Kommissionsvorschlag trifft der Rat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/161&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ÜBERARBEITUNG DER EINLAGENSICHERUNGSRICHTLINIE – SACHSTAND

Das EP hat am 16.02.2012 in erster Lesung seine Position zur Einlagensicherungsrichtlinie festgelegt. Bevor die neue Einlagensicherungsrichtlinie in Kraft treten kann, muss jedoch noch eine Einigung mit dem Rat gefunden werden. Das ursprüngliche Ziel, eine Einigung in erster Lesung zu erreichen, wurde verfehlt. Zentraler Streitpunkt in den Verhandlungen zwischen Rat und EP war u. a. die Zielausstattung. Der Rat hatte sich für eine Zielausstattung von lediglich 0,5 % der gedeckten Einlagen ausgesprochen, das EP fordert eine Zielausstattung von 1,5 % der gedeckten Einlagen. Im ECOFIN-Rat wurde am 21.02.2012 kurz über die weitere Vorgehensweise beraten. Eine Entscheidung darüber, ob die Trilogverhandlungen zügig weitergeführt werden, um eine schnelle Einigung in zweiter Lesung zu erreichen (so die Position Deutschlands), ist im Rat noch nicht gefallen. Die Alternative wäre, dass der Rat ebenfalls von seinen im Rahmen der Trilogverhandlungen gemachten Zugeständnissen zunächst Abstand nimmt und auf der Grundlage der im Juni 2011 beschlossenen allgemeinen Ausrichtung seinerseits die erste Lesung durchführt (so die Position des Vereinigten Königreiches).



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20120216%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE>

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZU SEPA

Das EP hat am 14.02.2012 die Verordnung über die einheitliche Behandlung von auf Euro lautenden Überweisungen und Lastschriften im Euroraum („Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum“, SEPA) verabschiedet. Das SEPA-System gilt demnach ab dem 01.02.2014 auch für Zahlungsvorgänge im Inland. Die Beibehaltung der nationalen Systeme ist nach der Verordnung bis 2016 möglich, wenn die Banken die Interoperabilität mit SEPA sicherstellen. Die Verordnung muss noch vom Rat angenommen werden, bevor sie in Kraft treten kann (siehe näher Beitrag des StMWIVT).

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120214IPR37986/html/Grenz%C3%BCberschreitende-Zahlungen-sollen-einfacher-und-schneller-werden>

HOCHRANGIGE SACHVERSTÄNDIGENGRUPPE FÜR DIE REFORM DES BANKENSEKTORS: MITGLIEDER UND MANDAT

Am 23.02.2012 hat der Kommissar für den Binnenmarkt, *Michel Barnier*, die neun Mitglieder der neuen Hochrangigen Sachverständigengruppe für den Bankensektor bekannt gegeben. Darunter befindet sich auch der deutsche Professor für Kreditwirtschaft und Finanzierung an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, *Prof. Jan Pieter Krahen*. Die Gruppe wird vom Präsidenten der Bank von Finnland und früheren Kommissar für Unternehmen und die Informationsgesellschaft, *Erkki Liikanen*, geleitet. Zugleich wurde das Mandat der Gruppe veröffentlicht, die prüfen soll, ob weitere Strukturreformen die finanzielle Stabilität der Banken stärken und den Verbraucherschutz verbessern könnten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/129&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION LEGT WEISSBUCH RENTE VOR

Die Kommission hat am 16.02.2012 ein Weißbuch zum Thema „Eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten“ vorgelegt. Darin kündigt sie 20 Initiativen an, mit denen sie die für Fragen der



Rentenpolitik zuständigen Mitgliedstaaten dabei unterstützen will, die Rentensysteme langfristig tragfähig zu gestalten. Zentrale Reformziele sind nach der Kommission zum einen eine Neujustierung des Verhältnisses der Lebensarbeitszeit zur Ruhestandszeit (z. B. späteres Renteneintrittsalter, Einschränkung der Frühverrentung, Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für Ältere, Angleichung des Renteneintrittsalters für Männer und Frauen) und zum anderen der Aufbau einer ergänzenden privaten Zusatz-Altersvorsorge (s. dazu den Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/140&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

STOIBER-GRUPPE: MITGLIEDSTAATEN KÖNNEN VERWALTUNGSLASTEN BEI DER UMSETZUNG VON EU-RECHT REDUZIEREN – MANDAT BIS 2014 VERLÄNGERT

Der Vorsitzende der „Hochrangigen Gruppe unabhängiger Interessenträger im Bereich Verwaltungslasten“, Ministerpräsident a. D. *Dr. Edmund Stoiber*, hat am 21.02.2012 einen von der Gruppe angenommenen „Bericht über bewährte Praktiken in den Mitgliedstaaten für eine möglichst unbürokratische Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften“ an Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* übergeben. Unter dem Titel „Was Europa besser machen kann“ stellt der Bericht fest, dass fast ein Drittel der Verwaltungslasten für Unternehmen, die auf EU-Rechtsakte zurückgehen, nicht durch EU-Recht als solches, sondern durch „ineffiziente nationale Umsetzung“ verursacht werden. Es bestünden eklatante Unterschiede bei der Umsetzung und Anwendung von EU-Recht in den Mitgliedstaaten (s. dazu den Beitrag im Geschäftsbereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“ in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/146&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

ENERGIEEFFIZIENZ-RICHTLINIE: WEITGEHENDE FRAKTIONS-ÜBERGREIFENDE EINIGUNG IM EP, BEFASSUNG DES ENERGIERATS

Am 16.02.2012 haben sich die Schattenberichterstatter der verschiedenen Fraktionen im EP auf eine gemeinsame Position zur Energieeffizienz-Richtlinie



verständnis, welche die Kommission im Juni 2011 vorgeschlagen hatte (EB 13/11). Lediglich zur Rolle der Energieeffizienz beim öffentlichen Beschaffungswesen wird über unterschiedliche Textoptionen abgestimmt werden. Der Verständigung zufolge wird das EP von den Mitgliedstaaten verlangen, sich bis zum Jahr 2020 verpflichtende Energieeinsparziele (ausgedrückt als Einsparung beim Primärenergieverbrauch) zu setzen. Von Gebäuden in öffentlicher Hand sollen jährlich 2,5 % des Bestandes energetisch saniert werden, zudem behalten die Berichterstatter im Grundsatz den Kommissionsvorschlag bei, dass Energieversorger bei ihren Kunden eine Einsparung von jährlich 1,5 % erreichen müssen. Jedoch wollen sie im Vergleich zum Kommissionstext hinsichtlich beider Maßnahmen mehr Flexibilität für gleichermaßen effektive Alternativmaßnahmen gestatten. Mit dieser Position wäre das EP immer noch erheblich von der bisher erkennbaren Linie des Rates entfernt, der sich bei seiner Tagung am 14.02.2012 mit dem Richtlinienvorschlag im Rahmen eines Mittagessens befasst hat. Die dänische Präsidentschaft hat das Dossier zu einer wesentlichen Priorität erklärt.

PLENARTAGUNG DES EP VOM 13. - 16.02.2012 IN STRASSBURG: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT (SEPA, EINLAGENSICHERUNG)

Das EP hat auf seiner Plenartagung vom 13. - 16.02.2012 zu zwei Finanzmarktdossiers legislative Entschlüsse verabschiedet: Zum einen stimmte es auf Grundlage einer am 20.12.2012 gefundenen Einigung mit dem Rat über die einheitliche Behandlung von auf Euro lautenden Überweisungen und Lastschriften im Euroraum („Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA) ab dem Jahr 2014 ab. Zum anderen positionierte es sich in erster Lesung zur Einlagensicherung bei Banken. Eine Einigung mit dem Rat gelang hier bisher nicht, sodass weitere Verhandlungen nötig sind.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120214IPR3798/6/html/Grenz%C3%BCberschreitende-Zahlungen-sollen-einfacher-und-schneller-werden>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120216IPR3834/4/html/Bankeinlagensicherung-EP-macht-Druck-um-aus-der-Sackgasse-zu-kommen>



KOMMISSION LEGT WEISSBUCH RENTE VOR

Die Kommission hat am 16.02.2012 ein Weißbuch zum Thema „Eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten“ vorgelegt. Darin kündigt sie 20 Initiativen an, mit denen sie die für Rentenpolitik zuständigen Mitgliedstaaten dabei unterstützen will, die Rentensysteme langfristig tragfähig zu gestalten. Zentrale Reformziele sind nach der Kommission zum einen eine Neujustierung des Verhältnisses der Lebensarbeitszeit zur Ruhestandszeit (z. B. späteres Renteneintrittsalter, Einschränkung der Frühverrentung, Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für Ältere, Angleichung des Renteneintrittsalters für Männer und Frauen) und zum anderen der Aufbau einer ergänzenden privaten Zusatz-Altersvorsorge (s. dazu den Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/140&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

FORTSCHRITTE BEI DER FINANZMARKTREGULIERUNG: EINIGUNG ZWISCHEN RAT UND EP ZU OTC-DERIVATEN, ANNAHME DER VERORDNUNG ZU LEERVERKÄUFEN IM RAT

Am 09.02.2012 haben sich Rat und EP in Trilogverhandlungen über eine neue Verordnung über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (EMIR) geeinigt. Künftig sollen alle Derivategeschäfte zentralen „Transaktionsregistern“ gemeldet werden. Standardisierte OTC-Derivatekontrakte sollen zudem prinzipiell durch zentrale Gegenparteien („central counterparties“ – CCPs) abgewickelt und damit nicht länger neben den geregelten Märkten alleine zwischen Käufern und Anbietern gehandelt werden können. Damit kommt das Rechtssetzungsverfahren knapp eineinhalb Jahre nach Vorlage des Kommissionsvorschlags im September 2010 (EB 15/10) zum Abschluss.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/127924.pdf

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120209IPR37742/html/EP-Council-deal-on-rules-for-a-safe-and-transparent-derivatives-market>
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/128081.pdf



SUSPENDIERUNG VON KOHÄSIONSFONDSZAHLUNGEN AN UNGARN VORGESCHLAGEN: ERSTER ANWENDUNGSFALL FÜR DIE KONDITIONALITÄTS-VORSCHRIFTEN DER KOHÄSIONSFONDS- VERORDNUNG

Die Kommission hat am 22.02.2012 vorgeschlagen, mit Wirkung zum 01.01.2013 gegenüber Ungarn die Auszahlung von 495.184.000 € aus dem Kohäsionsfonds auszusetzen. Grundlage des Vorschlags ist Art. 4 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1084/2006 des Rates zur Errichtung des Kohäsionsfonds. Die Kohäsionsfondsverordnung sieht die Möglichkeit einer solchen Mitteleinsetzung vor, wenn der Rat gemäß Art. 126 Abs. 8 AEUV feststellt, dass ein Empfängerland trotz vorheriger Aufforderung des Rates keine ausreichenden Maßnahmen zur Behebung eines übermäßigen Defizits getroffen hat. Eine solche Feststellung hatte der ECOFIN-Rat auf Vorschlag der Kommission in seiner Tagung am 24.10.2012 getroffen (s. dazu den Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/161&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ERSTER FRÜHWARNBERICHT DER KOMMISSION ZUR BEKÄMPFUNG MAKROÖKONOMISCHER UNGLEICHGEWICHTE IN DER EU

Die Kommission hat am 14.02.2012 ihren ersten Frühwarnbericht zur Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU veröffentlicht (sog. „Warnmechanismus-Bericht“). Mit diesem Bericht wird die im Rahmen des Legislativpakets zur wirtschaftspolitischen Steuerung (sog. „Six Pack“) Ende letzten Jahres eingeführte makroökonomische Überwachung eingeleitet. Grundlage des Berichts sind gemäß einem sog. „Scoreboard“ Indikatoren wie die Leistungsbilanz, das Nettoauslandsvermögen, die Exportanteile, die Lohnstückkosten, die realen effektiven Wechselkurse, die private Verschuldung, der Kreditfluss im Privatsektor, die Immobilienpreise, die öffentliche Verschuldung und die Arbeitslosenquote (s. dazu auch den Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/132&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

FINANZIERUNG VON GMES IN DER NÄCHSTEN FÖRDERPERIODE: MITGLIEDSTAATEN UND EP POSITIONIEREN SICH

Das EP hat sich in einer Entschließung vom 16.02.2012 erneut klar für eine



Finanzierung des Erdbeobachtungsprogramms GMES in der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020 aus dem EU-Haushalt ausgesprochen. Auch die Mitgliedstaaten haben sich bei der Tagung des Wettbewerbsfähigkeitsrates am 21.02.2012 in einer Aussprache mit klarer Mehrheit für eine Finanzierung aus dem EU-Haushalt ausgesprochen. Eine vergleichbare Position nahmen die Mitgliedstaaten hinsichtlich der Finanzierung des Kernfusions-Forschungsreaktors ITER ein. In Anbetracht des deutlichen Meinungsbildes in beiden Organen sagte Vizepräsident und Industriekommissar *Tajani* einen Bericht an Kommissionspräsident *Barroso* sowie eine nochmalige Prüfung zu.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0062+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ACTA-STREIT: KOMMISSION RUFT EUGH AN

Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ist auch auf europäischer Ebene weiter sehr umstritten. Um die Diskussion zu versachlichen und um wohl auch um Zeit zu gewinnen, hat die Kommission am 22.02.2012 beschlossen, ein Gutachten des EuGH zur Vereinbarkeit von ACTA mit dem EU-Recht einzuholen. In formeller Hinsicht geht es insbesondere um die Einhaltung der für die Verabschiedung völkerrechtlicher Verträge vorgesehene Verfahren, in inhaltlicher Hinsicht um die Vereinbarkeit des geplanten Abkommens mit dem EUV, dem AEUV und insbesondere der Grundrechtecharta (s. dazu den Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/128&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

STOIBER-GRUPPE: MITGLIEDSTAATEN KÖNNEN VERWALTUNGS-LASTEN BEI DER UMSETZUNG VON EU-RECHT REDUZIEREN – MANDAT BIS 2014 VERLÄNGERT

Der Vorsitzende der „Hochrangigen Gruppe unabhängiger Interessenträger im Bereich Verwaltungslasten“, Ministerpräsident a. D. *Dr. Edmund Stoiber*, hat am 21.02.2012 einen von der Gruppe angenommenen „Bericht über bewährte Praktiken in den Mitgliedstaaten für eine möglichst unbürokratische Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften“ an Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* übergeben. Unter dem Titel „Was Europa besser machen kann“ stellt der Bericht fest, dass fast ein Drittel der Verwaltungslasten für Unternehmen, die auf EU-Rechtsakte zurückgehen, nicht durch EU-Recht als solches, sondern durch



„ineffiziente nationale Umsetzung“ verursacht werden. Es bestünden eklatante Unterschiede bei der Umsetzung und Anwendung von EU-Recht in den Mitgliedstaaten (s. dazu den Beitrag im Geschäftsbereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“ in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/146&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VEREINFACHUNG DER UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG

Am 17.02.2012 trat eine überarbeitete Fassung der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (UVP-Richtlinie) in Kraft. Die ursprüngliche Richtlinie von 1985 und ihre drei späteren Änderungen von 1997, 2003 und 2009 wurden zu einer kompakteren, benutzerfreundlicheren Fassung zusammengefasst. Parallel zu der nun abgeschlossenen Kodifizierung arbeitet die Kommission auch an inhaltlichen Änderungen. Der Vorschlag für eine revidierte UVP-Richtlinie soll noch in diesem Jahr vorgelegt werden (s. dazu Beitrag des StMUG in diesem EB)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:026:0001:0021:DE:PDF>

MASSNAHMENPAKET DER KOMMISSION FÜR EINE NACHHALTIGE BIOÖKONOMIE IN EUROPA

Am 13.02.2012 hat die Kommission die Strategie „Innovation für nachhaltiges Wachstum: eine Bioökonomie für Europa“ vorgestellt. Darin kündigt sie zwölf konkrete Maßnahmen in drei Kategorien an: Entwicklung neuer Technologien und Verfahren, Unterstützung der Märkte und der Wettbewerbsfähigkeit in relevanten Sektoren sowie die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den politischen Entscheidungsträgern und sonstigen Akteuren. Aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung und zur Neige gehender fossiler Rohstoffe sei es notwendig, die europäische Wirtschaft langfristig von fossilen auf erneuerbare biologische Ressourcen umzustellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/124&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



UNTERNEHMENSRECHT: VERKNÜPFUNG VON HANDELSREGISTERN, BÜROKRATIEENTLASTUNG FÜR KLEINSTUNTERNEHMEN BEI DER RECHNUNGSLEGUNG, KONSULTATION ZUM GESELLSCHAFTSRECHT

Das EP hat am 14.02.2012 mit großer Mehrheit (654/14/3) die Richtlinie zur Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern verabschiedet. Der Rat hatte dazu schon am 06.12.2011 eine allgemeine Ausrichtung erzielt. Die Annahme des Rechtsakts durch den Rat gilt daher als reine Formsache. Weiterhin ist mit der Annahme durch den Rat am 22.02.2012 der Gesetzgebungsprozess zur Richtlinie über die Entlastung von Kleinstunternehmen bei der Rechnungslegung (Änderung der Richtlinie 78/660/EWG) nun förmlich abgeschlossen. Schließlich hat die Kommission am 20.02.2012 eine Konsultation zur Zukunft des europäischen Gesellschaftsrechts eingeleitet (s. dazu die Beiträge des StMJV in diesem EB)

Legislative EntschlieÙung zur Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0033+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/128082.pdf

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=companylaw2012>

KONSULTATION ZUR FINANZIERUNG VON ENERGETISCHEN GEBÄUDESANIERUNGEN

Die Kommission hat am 15.02.2012 eine Konsultation zur Finanzierung energieeffizienter Gebäudesanierung gestartet. Sie sieht in diesem Bereich einen Schlüssel dafür, das Ziel einer Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis zum Jahr 2020 in der EU zu erreichen. Daher holt sie nun von Mitgliedsstaaten, Energieversorgern, Bauunternehmern und anderen Marktteilnehmern Stellungnahmen zu Hemmnissen im Markt der Gebäudesanierung ein. So sollen Probleme bei Regulierung und Förderung identifiziert und mögliche Lösungsansätze entwickelt werden. Die Konsultation läuft bis zum 18.05.2012.

http://ec.europa.eu/energy/efficiency/consultations/20120518_eeb_financial_support_en.htm



HOCHRANGIGE SACHVERSTÄNDIGENGRUPPE FÜR DIE REFORM DES BANKENSEKTORS: MITGLIEDER UND MANDAT

Am 23.02.2012 hat der Kommissar für den Binnenmarkt, *Michel Barnier*, die neun Mitglieder der neuen Hochrangigen Sachverständigengruppe für den Bankensektor bekannt gegeben. Darunter befindet sich auch der deutsche Professor für Kreditwirtschaft und Finanzierung an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, *Prof. Jan Pieter Krahen*. Die Gruppe wird vom Präsidenten der Bank von Finnland und früheren Kommissar für Unternehmen und die Informationsgesellschaft, *Erkki Liikanen*, geleitet (EB 02/12). Zugleich wurde das Mandat der Gruppe veröffentlicht, die prüfen soll, ob weitere Struktur-reformen die finanzielle Stabilität der Banken stärken und den Verbraucherschutz verbessern könnten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/129&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

EP VERABSCHIEDET MILCHPAKET

Das Plenum des EP verabschiedete am 15.02.2012 eine Entschließung zu Vertragsbeziehungen im Sektor Milch und Milcherzeugnisse („Milchpaket“). Die Verhandlungen dazu begannen nach der Milchkrise 2009, in der die Erzeugerpreise für Milch ein Rekordtief erreicht hatten. Nach Triloggesprächen konnte am 06.12.2011 (EB 21/11) ein Kompromiss zwischen EP, Rat und Kommission erreicht werden. Die darauf basierende Entschließung ermöglicht es Milch-erzeugern, die Bedingungen gegenüber privaten Molkereien gemeinschaftlich auszuhandeln. Auch bereits bestehende Erzeugerorganisationen können anerkannt werden. Die Mitgliedstaaten können entscheiden, ob sie schriftliche Verträge zwischen Erzeugern und Erstankäufern von Milch vorschreiben. Ent-scheidet sich ein Mitgliedstaat für die Vertragspflicht, müssen die Verträge vor Beginn der Lieferung abgeschlossen werden, Mindestlaufzeiten von sechs Monaten haben und mindestens Preis, Milchmenge, Vertragsdauer sowie Zahlungs- und Lieferbedingungen regeln. Für Produkte mit EU-geschützten geographischen Herkunftsangaben kann das Angebot beschränkt werden. Das Milchpaket wurde mit 574 zu 97 Stimmen (18 Enthaltungen) angenommen. Nach der noch ausstehenden Zustimmung durch den Rat werden die Rege-lungen bis zum Jahr 2020 gelten.



Entschließung des EP unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0044+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EU UND USA: ABKOMMEN ZUR GEGENSEITIGEN ANERKENNUNG VON BIOERZEUGNISSEN

Am 15.02.2012 unterzeichneten EU-Agrarkommissar *Cioloş*, die stellvertretende US-Landwirtschaftsministerin *Kathleen Merrigan* und der Chefunterhändler des US-Handelsvertreters im Agrarsektor, *Isi Siddiqui*, auf der BioFach in Nürnberg eine formelle Erklärung zur gegenseitigen Anerkennung von Bioerzeugnissen. Danach dürfen ab dem 01.06.2012 in der EU oder in den USA zertifizierte Bioerzeugnisse in beiden Gebieten als solche verkauft werden. Die Bio-Branche der beiden größten Hersteller von Bioprodukten weltweit wird zusammen auf 40 Mrd. € geschätzt. Die BioFach in Nürnberg ist die weltweit größte Messe für Bioerzeugnisse. In der EU gibt es gegenwärtig etwa 200.000 Biobetriebe, die fast 5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche der EU bewirtschaften. Das Wachstum der Bio-Branche beträgt etwa 7 % pro Jahr.

Weitere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/138&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP STIMMT WEITERFÜHRUNG DER BEDÜRFTIGENHILFE ZU

Das Plenum des EP stimmte am 15.02.2012 der Verlängerung des Hilfsprogramms zur „Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige in der Union“ für die Jahre 2012 und 2013 zu. Damit können jährlich Nahrungsmittel im Wert von bis zu 500 Mio. € aus dem EU-Agrarfonds zur Verfügung gestellt werden. Nach der Zustimmung durch den Agrarrat am 23.01.2012 (EB 02/12) kann der zwischen Deutschland und Frankreich im November 2011 ausgehandelte und am 15./16.12.2011 (EB 22/11) im Agrarrat angekündigte Kompromiss nun in Kraft treten. Die Zustimmung gilt rückwirkend zum 01.01.2012.

Bericht unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0042+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



KOMMISSION FORDERT 54,3 MIO. € GAP-GELDER VON MITGLIEDSTAATEN ZURÜCK

Im Rahmen des Rechnungsabschlussverfahrens hat die Kommission am 16.02.2012 EU-Agrargelder in Höhe von insgesamt 115,2 Mio. € zurückgefordert, die von den Mitgliedstaaten vorschriftswidrig verwendet wurden. Ein Teil des Betrags wurde von den Mitgliedstaaten bereits wieder eingezogen. Deshalb liegen die finanziellen Auswirkungen für die Mitgliedstaaten mit insgesamt 54,3 Mio. € deutlich niedriger. Die wiedereingezogenen Gelder aus 20 Mitgliedstaaten fließen in den EU-Haushalt zurück. Die höchsten noch ausstehenden Rückforderungen kommen auf das Vereinigte Königreich (29,5 Mio.), Italien (21,5 Mio.) und die Niederlande (18,1 Mio.) zu. Die noch ausstehenden Rückforderungen für Deutschland liegen bei 0,04 Mio. €.

Weitere Information unter :

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/142&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP BESCHLIESST FREIHANDELSABKOMMEN MIT MAROKKO

Am 16.02.2012 hat das EP-Plenum mit 369 zu 225 Stimmen, bei 31 Enthaltungen, ein Freihandelsabkommen für Agrar- und Fischereiprodukte zwischen der EU und Marokko beschlossen. Der Rat hatte diesem bereits im Vorfeld zugestimmt. In Folge des Abkommens muss die EU nun 55 % der bestehenden Importzölle auf marokkanische Agrar- und Fischereiprodukte unmittelbar verringern oder abschaffen. Marokko ist verpflichtet, über zehn Jahre hinweg seinen Markt für 70 % aller EU-Agrarerzeugnisse zu öffnen. Das EP verabschiedete zudem eine separate EntschlieÙung, in der es eine strenge Überwachung der Importkontingente sowie der Einhaltung des Mindesteinfuhrpreissystems fordert. Außerdem solle im Nachhinein eine Folgenabschätzung für die EU-Landwirtschaft durchgeführt werden. Das Abkommen wird voraussichtlich in den kommenden Wochen vom Rat angenommen und soll im Mai oder Juni 2012 in Kraft treten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0055+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

BODENSCHUTZ – KOMMISSION FORDERT VERSTÄRKTE MASSNAHMEN GEGEN BODENDEGRADATION

Auf Grundlage der Ergebnisse zweier neuer Berichte, die am 13.02.2012 von



der Kommission vorgestellt wurden, fordert diese stärkere Bemühungen für den Bodenschutz bzw. Maßnahmen gegen Bodendegradation. Unter Bodendegradation versteht man die Verschlechterung der Ökosystemleistungen des Bodens. Aus den Berichten („The State of Soil in Europe“ und „Umsetzung der Thematischen Strategie für den Bodenschutz“) geht u. a. hervor, dass in den Jahren 1990 - 2006 durch Flächenversiegelung täglich 275 ha an Böden verloren gingen, was nach zehn Jahren der Fläche von Zypern entspricht (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

The State of Soil in Europe - SOER 2010:

http://ec.europa.eu/dgs/jrc/downloads/jrc_reference_report_2012_02_soil.pdf

Umsetzungsbericht der Thematischen Bodenschutzstrategie:

[http://ec.europa.eu/environment/soil/pdf/COM\(2012\)46_DE.pdf](http://ec.europa.eu/environment/soil/pdf/COM(2012)46_DE.pdf)

EP NIMMT ENTSCHLIESSUNG ZUR IMPFUNG GEGEN DIE BLAUZUNGENKRANKHEIT AN

Auf der Tagung vom 13. - 16.02.2012 in Straßburg hat das Plenum des EP u. a. eine legislative EntschlieÙung zur Impfung gegen die Blauzungenkrankheit angenommen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0036+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

TAGUNG DES BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRATS AM 17.02.2012: AUSSPRACHE ZU FRAUEN IN UNTERNEHMENS- VORSTÄNDEN UND EUROPA 2020

Schwerpunkte der Tagung der Beschäftigungs- und Sozialminister der EU am 17.02.2012 in Brüssel bildeten Orientierungsaussprachen zu Frauen in Unternehmensvorständen sowie zur weiteren Umsetzung der Europa 2020-Strategie. Zudem informierte die Kommission über den Stand der Übergangsregelungen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/lsa/128043.pdf



WEISSBUCH: KOMMISSION STELLT „AGENDA FÜR ANGEMESSENE, SICHERE UND NACHHALTIGE PENSIONEN UND RENTEN“ VOR

Die Kommission hat am 16.02.2012 das Weißbuch „Eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten“ vorgelegt. Damit will die Kommission skizzieren, was die EU und die Mitgliedstaaten tun können, um die wesentlichen Herausforderungen im Bereich der Ruhestandssysteme zu bewältigen. Die auf EU-Ebene zu ergreifenden Initiativen zur Unterstützung der nationalen Renten- und Pensionsreformen sollen sich nach Aussage der Kommission im Wesentlichen auf die in den Jahreswachstumsberichten genannten Schwerpunkte beziehen: die Schaffung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Lebensarbeitszeit und Ruhestand sowie der Ausbau der privaten Zusatz-Altersvorsorge. Das Weißbuch, das auch in das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen 2012 fällt, baut auf der im Jahr 2010 eingeleiteten Konsultation auf (EB 13/10).

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1194&furtherNews=yes>

PLENARTAGUNG DES EP VOM 13. - 16.02.2012 IN STRASSBURG: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Weitere Anstrengungen für Wachstum und Beschäftigung sowie zur Bekämpfung von Armut hat das EP am 15.02.2012 gefordert. Die Parlamentarier nahmen Resolutionen zum Jahreswachstumsbericht 2012, zu Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten sowie zu beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekten im Jahreswachstumsbericht 2012 an. U. a. stellten die Abgeordneten fest, dass Haushalts-, Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahmen gemeinsam ergriffen werden müssten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0047+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 10.02.2012

Die europäischen Bildungsministerinnen und -minister nahmen im Rahmen ihrer Tagung am 10.02.2011 unter dänischem Vorsitz den gemeinsamen Bericht des Rates und der Kommission (2012) über die Umsetzung des strategi-



schen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“) in der ersten Arbeitsphase 2009 - 2011 an, der bereits in seinem Titel „Die allgemeine und berufliche Bildung in einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Europa“ die angestrebte engere Verknüpfung der europäischen Bildungs Kooperation mit dem bildungspolitischen Kernziel der Europa-2020-Strategie verdeutlicht (zur Ende Dezember 2011 vorgelegten Entwurfsfassung der Kommission vgl. EB 01/12). Zudem führten die Bildungsminister eine Aussprache zum Thema „Strategie Europa 2020 – Der Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit“, die von vier Präsentationen aus dem Kreis der Teilnehmenden zu vorbildhaften nationalen Projekten eingeleitet wurde. Neben Zypern, das seine aktuelle Strategie zur Prävention von frühem Schulabbruch vorstellte, Irland, dessen Vortrag sich mit Möglichkeiten der Motivation von bildungsfernen Jugendlichen befasste, und der Slowakei, die Probleme bei der Vorhersagbarkeit des künftigen Arbeitsmarktbedarfs thematisierte, präsentierte der Parlamentarische Staatssekretär *Dr. Helge Braun* (Bundesministerium für Bildung und Forschung) die duale Ausbildung in Deutschland als geeignetes, die Jugendarbeitslosigkeit effektiv reduzierendes System, das theoretische und praktische Ausbildungsinhalte in sinnvoller Weise miteinander verbindet und so den Arbeitsmarkterfordernissen gerecht zu werden vermag. Die Länder in der Bundesrepublik Deutschland waren durch Ministerin *Dr. Martina Münch* (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg) vertreten. Der gemeinsame Bericht des Rates und der Kommission (2012) über die Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“) ist abrufbar unter:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st05/st05600.de12.pdf>

KOMMISSION LEGT „SCHLÜSSELZAHLEN ZUM BILDUNGSWESEN IN EUROPA 2012“ VOR

Mit den „Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa 2012“ hat die Kommission in Ergänzung des Fortschrittsberichts 2012 (s. o.) am 10.02.2012 einen ausführlichen Bericht über aktuelle Entwicklungen im Bildungsbereich in 33 europäischen Staaten vorlegt. „Dieser Bericht ist ein wertvolles Instrument für politische Verantwortungsträger und liefert nützliche Anhaltspunkte für künftige Entscheidungen“, betonte Bildungskommissarin *Androulla Vassiliou* an-



lässlich der Vorstellung der Studie. Gestützt auf Indikatoren, die eng auf die Ziele des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020) sowie der Europa-2020-Strategie bezogen sind, widmet sich der Bericht zentralen europaweiten Trends u. a. in den Themenbereichen Struktur und Organisation von Bildungsinstitutionen, Schulautonomie, Systeme der Qualitätssicherung, Attraktivität des Lehrberufs und Bildungsbudgets in Krisenzeiten. In ihrer Presseerklärung zu dem Bericht warnte die Kommission mit Blick auf sinkende Zahlen von Hochschulabsolventen für das Lehramt und einer gleichzeitig bevorstehenden Pensionierungs- bzw. Verrentungswelle derzeit noch aktiver Lehrkräfte vor einem künftigen, möglicherweise erheblichen Mangel an Lehrkräften in einigen Mitgliedstaaten, u. a. in Deutschland. In diesem Zusammenhang betonte Bildungskommissarin *Vassiliou*, dass der Vorschlag der Kommission über das neue Programm „Erasmus für alle“ (EB 20/11) darauf abziele, „die berufliche Entwicklung der Lehrkräfte zu stärken und gleichzeitig die Bildungssysteme zu modernisieren.“

Die Pressemitteilung der Kommission zu dem Bericht findet sich unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/121&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Der vollständige, nur in englischer Sprache vorliegende Bericht ist unter folgendem Link abrufbar:

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/key_data_series/134_EN.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

RAT FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 21.02.2012 IN BRÜSSEL – WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMWFK

Der Forschungsministerrat stand am 21.02.2012 schwerpunktmäßig im Zeichen einer Orientierungsaussprache zum künftigen Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“. Darüber hinaus standen Beratungen zum Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT), zur europäischen Satelliteninitiative für die globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES) sowie zum Fusionsforschungsreaktor ITER auf der Tagesordnung.

Diskussionsgrundlage zu „Horizont 2020“ der Präsidentschaft:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/12/st06/st06281.de12.pdf>



ERGEBNISSE DES BILDUNGSMINISTERRATES AM 10.02.2012

Die europäischen Bildungsministerinnen und -minister nahmen bei ihrer Tagung am 10.02.2011 den gemeinsamen Bericht des Rates und der Kommission über die Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“) in der ersten Arbeitsphase 2009 - 2011 an. U. a. werden die Mitgliedstaaten darin zur Fortsetzung ihrer Reformen aufgefordert, um das Ziel zu erreichen, dass mindestens 40 % der 30- bis 34-Jährigen bis 2020 über einen Hochschul- oder gleichwertigen Abschluss verfügen. Im Hochschul- und insbesondere im berufsbildenden Bereich seien zudem weitere Anstrengungen zur Mobilitätsförderung nötig. Des Weiteren führten die Bildungsminister eine Aussprache zum Thema „Strategie Europa 2020 – Der Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit“. Der Parlamentarische Staatssekretär *Dr. Braun* (BMBF) stellte dabei das duale System der beruflichen Bildung in Deutschland, das etwa 60 % eines Jahrgangs durchlaufen, als erfolgreiches Modell vor (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

EP-PLENUM VOM 13. - 16.02.2012 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG

Auf der Tagung vom 13. - 16.02.2012 in Straßburg hat das Plenum des Europäischen Parlamentes (EP) u. a. eine legislative Entschließung zur Impfung gegen die Blauzungenkrankheit angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0036+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

BODENSCHUTZ – KOMMISSION FORDERT VERSTÄRKTE MASSNAHMEN GEGEN BODENDEGRADATION

Auf Grundlage der Ergebnisse zweier neuer Berichte, die am 13.02.2012 von der Kommission vorgestellt wurden, fordert diese stärkere Bemühungen für den Bodenschutz bzw. Maßnahmen gegen Bodendegradation. Unter Bodendegradation versteht man die Verschlechterung der Ökosystemleistungen des Bodens. Aus den Berichten („The State of Soil in Europe“ und „Umsetzung der



Thematischen Strategie für den Bodenschutz“) geht u. a. hervor, dass in den Jahren 1990 bis 2006 durch Flächenversiegelung täglich 275 ha an Böden verloren gingen, was nach zehn Jahren der Fläche von Zypern entspricht.

The State of Soil in Europe – SOER 2010:

http://ec.europa.eu/dgs/jrc/downloads/jrc_reference_report_2012_02_soil.pdf

Umsetzungsbericht der Thematischen Bodenschutzstrategie:

[http://ec.europa.eu/environment/soil/pdf/COM\(2012\)46_DE.pdf](http://ec.europa.eu/environment/soil/pdf/COM(2012)46_DE.pdf)

EUGH-URTEIL ZUM UMWELTINFORMATIONRECHT

In einem Vorabentscheidungsverfahren entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 14.02.2012, dass ein Ministerium nicht dazu verpflichtet ist, Umweltinformationen an die Öffentlichkeit herauszugeben, sofern ein laufendes Gesetzgebungsverfahren betroffen ist.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2012-02/cp120007de.pdf>

VEREINFACHUNG DER UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG

Am 17.02.2012 trat eine überarbeitete Fassung der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (UVP-Richtlinie) in Kraft. Die ursprüngliche Richtlinie von 1985 und ihre drei späteren Änderungen von 1997, 2003 und 2009 wurden zu einer kompakteren, benutzerfreundlicheren Fassung zusammengefasst. Parallel zu der nun abgeschlossenen Kodifizierung arbeitet die Kommission auch an inhaltlichen Änderungen. Der Vorschlag für eine revidierte UVP-Richtlinie soll noch in diesem Jahr vorgelegt werden.

UVP-Richtlinie (2011/92/EU):

<http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:L:2012:026:SOM:DE:HTML>

MASSNAHMENPAKET DER KOMMISSION FÜR EINE NACHHALTIGE BIOÖKONOMIE IN EUROPA

Am 13.02.2012 hat die Kommission die Strategie „Innovation für nachhaltiges Wachstum: eine Bioökonomie für Europa“ vorgestellt. Darin kündigt sie zwölf konkrete Maßnahmen in drei Kategorien an: Entwicklung neuer Technologien und Verfahren, Unterstützung der Märkte und der Wettbewerbsfähigkeit in relevanten Sektoren, und schließlich die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den politischen Entscheidungsträgern und sonstigen Akteuren. Auf-



grund der wachsenden Weltbevölkerung und zur Neige gehender fossiler Rohstoffe sei es notwendig, die europäische Wirtschaft langfristig von fossilen auf erneuerbare biologische Ressourcen umzustellen (s. hierzu auch den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/124&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

MEDIZINPRODUKTE: KOMMISSION SCHLÄGT SOFORTMASSNAHMEN VOR

Anlässlich der Entdeckung mangelhafter Silikon-Brustimplantate der französischen Firma Poly Implant Prothèse (PIP) rief der für Gesundheit zuständige EU-Kommissar *John Dalli* am 09.02.2012 die Gesundheitsminister der Mitgliedstaaten in einem Schreiben dazu auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die strikte Anwendung der bestehenden Rechtsvorschriften für Medizinprodukte sicherzustellen. Damit soll die Sicherheit von Medizinprodukten, insbesondere von Hochrisikoprodukten wie Brustimplantaten, besser gewährleistet und das Vertrauen der Bürger zurückgewonnen werden. Darüber hinaus hatte die Kommission bereits weitere Untersuchungen zu den möglichen Gesundheitsrisiken fehlerhafter Brustimplantate in Auftrag gegeben und angekündigt, die aus dem Vorfall gezogenen Erkenntnisse bei der Revision der EU-Rechtsvorschriften für Medizinprodukte, die noch vor der Sommerpause erfolgen soll, mit einfließen zu lassen (EB 03/12).

http://ec.europa.eu/health/medical-devices/regulatory-framework/index_de.htm

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

FREIGABE VON FERNSEHFREQUENZEN FÜR MOBILFUNK AUF WELT-FUNKKONFERENZ GEFORDERT

Vom 23.01. bis zum 17.02.2012 fand in Genf die World Radiocommunication Conference (WRC) zur internationalen Regulierung des Funkspektrums mit Vertretern aus über 150 Ländern statt. Dabei setzten sich arabische und afrikanische Staaten nachdrücklich dafür ein, dass 25 % des 700 MHz-Bandes, also ein Viertel der ursprünglichen Rundfunk-TV-Frequenzen (Kanäle 29 bis 60), für den Mobilfunk freigegeben werden. Diese Forderungen wurden außerhalb der eigentlichen Tagesordnung vorgetragen. Es zeichnete sich jedoch ab, dass eine derartige Reform im Rahmen der nächsten Konferenz im Jahr 2015



beschlossen werden könnte.

Der Bericht des Instituts für Rundfunktechnik (IRT) zur WRC ist abrufbar unter:

http://www.irt.de/fileadmin/media/downloads/pressemitteilungen/01.2012_PI_1_RT_WRC-2012.pdf

EP NIMMT KOMPROMISS ZUM FUNKFREQUENZPOLITISCHEN PROGRAMM AN

Am 15.02.2012 hat das EP-Plenum in Straßburg den Kompromissvorschlag zum fünfjährigen Radio Spectrum Policy Programme (RSPP) angenommen, dem der Ministerrat bereits im Dezember 2011 zugestimmt hatte (EB 03/12).

Das Programm ist abrufbar unter:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st16/st16226.en11.pdf>

EUROPAABGEORDNETE FORDERN WEITERE SENKUNG DER ROAMINGKOSTEN

Anlässlich einer Anhörung der EVP-Fraktion am 08.02.2012 zur Revision der Ende Juni auslaufenden Roamingverordnung sprachen sich die Abgeordneten für niedrigere Preisobergrenzen, als von der Kommission 2011 vorgeschlagen, aus. Berichterstatlerin *Dr. Angelika Niebler* (EVP/CSU) bekräftigte noch einmal ihre Forderung vom Dezember 2011 nach einer stärkeren Deckelung der Roamingtarife (EB 01/12). Der federführende Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) soll am 28.02.2012 über die neuen Tarifobergrenzen abstimmen.

Zusätzliche Informationen zur EVP-Anhörung sind abrufbar unter:

<http://www.eppgroup.eu/press/showpr.asp?prcontroldoctypeid=1&prcontrolid=10949&prcontentid=18362&prcontentlg=en>

Die Stellungnahme des IMCO zur Revision der Roaming-Verordnung ist abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=COMPARL&reference=P-E-478.349&format=PDF&language=EN&secondRef=02>

KOMMISSION PLANT FÖRDERUNG VON HOCHLEISTUNGSRECHNERN

Am 15.02.2012 stellte die Kommission im Rahmen der Digitalen Agenda einen Plan (COM(2012)45) vor, der dem Rückstand der EU hinsichtlich der Nutzung und Leistungsfähigkeit von Hochleistungsrechnern entgegen wirken soll. Die Kommissarin für die Digitale Agenda und Vizepräsidentin *Neelie Kroes* betonte



dabei u. a. die Bedeutung des High Performance Computing (HPC) für Industrie und Arbeitsmarkt. So würden insbesondere Sektoren wie die Automobil-, Flug- und Gesundheitsbranche, für die Präzision und Geschwindigkeit sehr wichtig sind, von Hochleistungsrechnern und deren Simulationen in enormem Ausmaß profitieren. Um HPC künftig stärker zu fördern, soll nun nach Angaben der Kommission eine Verdopplung der von Industrie, Mitgliedstaaten und EU getätigten jährlichen Investitionen von derzeit 630 Mio. € auf 1,2 Mrd. € erfolgen.

Die Kommissionsmitteilung ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/item-detail-dae.cfm?item_id=7826

Link zur deutschen Mitteilung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0045:FIN:DE:PDF>

KOMMISSION: EUGH SOLL ACTA PRÜFEN

Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) zur Verhinderung der Markenpiraterie und zum Schutz des geistigen Eigentums im Internet ist auch auf europäischer Ebene weiter sehr umstritten (EB 03/12). Um die Diskussion zu versachlichen, hat die Kommission am 22.02.2012 beschlossen, ein Gutachten des EuGH zur Vereinbarkeit von ACTA mit EU-Recht einzuholen. Kritiker befürchten durch das Abkommen den Versuch einer Internetzensur, während nach Einschätzung der Kommission nur die Einhaltung der europäischen Urheberrechtsstandards mit den Handelspartnern sichergestellt werden sollte.

Rede des EU-Handelskommissars *Karel De Gucht*:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/128&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/de_factsheet_what_acta_is_about.pdf

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/january/tradoc_148964.pdf

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=119512&pageIndex=0&doclang=EN&mode=doc&dir=&occ=first&part=1&cid=252651>

EUGH: FILTERZWANG FÜR SOZIALE NETZWERKE UNZULÄSSIG

Mit Urteil vom 16.02.2012 (Rechtssache C-360/10) hat der EuGH im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens bestätigt, dass ein soziales Netzwerk



nicht dazu verpflichtet werden kann, seine Nutzer auf unzulässigen Gebrauch von musikalischen und audiovisuellen Werken zu überprüfen. Hintergrund der Vorabentscheidung ist eine Klage der belgischen Verwertungsgesellschaft SABAM gegen den sozialen Netzwerkbetreiber Netlog NV. Danach sollte Netlog NV sicherstellen, dass seine rd. 10 Millionen Nutzer keine Werke aus dem Repertoire der Verwertungsgesellschaft in ihren Profilen bereit stellen, weil dies die Rechte der Urheber verletze.

Das Urteil ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text&docid=119512&pageIn dex=0&doclang=de&mode=req&dir&occ=first&part=1&cid=158253>

UNGARISCHES MEDIENGESETZ WEITERHIN IM FOKUS VON KOMMISSION UND EUROPARAT

Das Mediengesetz, das im Januar 2011 in Ungarn in Kraft getreten ist, steht noch immer unter starker Kritik der Kommission und des Europarates in Straßburg. Grund dafür ist u. a. die Dominanz der rechtskonservativen Regierungspartei im ungarischen Medienrat (EB 06/11). Ungarn hat daraufhin angekündigt, bis Ende März die von der EU kritisierten Regelungen ändern zu wollen.

Die Rede von *Neelie Kroes* ist abrufbar unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/80&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Informationen zu den Untersuchungen des Europarats sind abrufbar unter:

http://assembly.coe.int/ASP/NewsManager/EMB_NewsManagerView.asp?ID=7419&L=2

VASSILIOU ÄUSSERT SICH ZUR ZUKUNFT DES MEDIA-PROGRAMMES AUF BERLINALE

Auf der diesjährigen Berlinale (09.-19.02.2012) stellte die Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, *Androulla Vassiliou*, den Kommissionsvorschlag zu „Kreatives Europa“ vor. Ab 2014 sollen demnach die Programme MEDIA, MEDIA Mundus und KULTUR in einem neuen, finanzstärkeren Programm zusammengefasst werden, das bei einer Laufzeit von sechs Jahren (2014 - 2020) über Fördermittel von etwa 1,8 Mrd. € verfügen solle (EB 20/11). Davon ist die Hälfte – und damit erheblich mehr als bisher – für Projekte geplant, die derzeit vom MEDIA-Programm (2007-2013) mit einem



Gesamtbudget von knapp 755 Mio. € gefördert werden.

Weitere Informationen sind abrufbar unter:

<http://www.mediadesk.de/artikel-detail.php?id=1337>

EUROPÄISCHE AUDIOVISUELLE BEOBACHTUNGSSTELLE VERÖFFENTLICHT KINOBESUCHERZAHLEN FÜR 2011

Schätzungen der Europäischen Audiovisuellen Beobachtungsstelle zufolge ist in Europa die Zahl der Kinobesucher in 2011 im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig. So seien im letzten Jahr nur 960 Mio. Kinokarten und damit 0,4 % weniger als in 2010 verkauft worden. Dabei gebe es jedoch erhebliche Unterschiede unter den einzelnen Mitgliedstaaten. So seien trotz dieser allgemeinen Tendenz die Besucherzahlen in Frankreich um 9,2 Mio. auf 215,6 Mio. angestiegen. Auch in Deutschland sei die Zahl der verkauften Kinokarten um 2,4 %, von etwa 126,6 auf 129,6 Mio. angewachsen, während Italien und Spanien deutliche Rückgänge zu verzeichnen hatten.

Weitere Informationen sind abrufbar unter:

<http://www.obs.coe.int/about/oea/pr/berlinale2012.html>